Zachow sichert Gemeinde 5000 Euro zu

Anlieger fordern weiter erfolglos Zuschuss für Bergstraßen-Sanierung, Kreis gibt aber Geld für Verkehrskonzept

Anlieger der Bergstraße in Fronhausen fordern in einer Petition, mit der sie sich nun auch an einzelne Kreistagsabgeordnete gewendet haben, Geld vom Kreis zur Entlastung der Anwohner bei den Straßensanierungskosten.

von Carina Becker-Werner

Die Bergstraße in Fronhausen soll saniert werden. Die Gemeinde hat dafür 700 000 Euro im Haushaltsplan für 2017 veranschlagt. Archivfoto: Patricia Grähling

Fronhausen. „Wir fordern einen Zuschuss vom Kreis, da die Bergstraße schon seit mehreren Jahren vom Kreis durch den regionalen Busverkehr als einzig mögliche Zufahrt zur Grundschule Fronhausen genutzt wird", führen die Anlieger in ihrer Petition aus, die online bei „Open Petition Deutschland" läuft. 368 Unterstützer haben unterschrieben.

Auf die Petition ging am Montag im Hauptausschuss des Kreistags der SPD-Abgeordnete Hans-Martin Seipp aus der Gemeinde Münchhausen ein, weil er von den Fronhäusern angeschrieben worden war. Er wollte wissen, ob der Kreis in irgendeiner Form, etwa als Schulträger, bei dieser gemeindlichen Angelegenheit in der Pflicht sei, da die Sanierung der Straße auf die Nutzung durch mehr als 60 Schülerbusse pro Tag ausgelegt werde.

Der Erste Kreisbeigeordnete Marian Zachow sagte, der Kreis stehe aufgrund des Schülerverkehrs nicht in der Verantwortung, es gebe in Deutschland kein „Verursacherprinzip", wenn es um schadhafte Straßen geht. „Wir sind keine Anlieger, deshalb haben wir auch keine Beitragspflicht zu erfüllen." In Fronhausen hatte Zachow dies bereits im Oktober 2016 während einer Anliegerversammlung ausgeführt.

Gleichwohl habe der Landkreis der Gemeinde Fronhausen einen „überschaubaren Zuschuss" zugesagt. Zachow sprach von 5000 Euro, die Fronhausen für den „Dialogprozess zum Schülerverkehr und die Verkehrswegesicherung" nutzen solle. Auf Nachfrage der OP führte der Erste Kreisbeigeordnete dies näher aus. Auf Initiative der Gemeinde werde ein Dialogprozess stattfinden zu der Frage, wie nach der Straßensanierung der Verkehr sinnvoller gelenkt werden könne. „Dabei soll etwa nach Wegen gesucht werden, wie Ausweichverkehr auf den Bürgersteigen vermieden werden kann, der zu Fuß gehende Schüler gefährdet", nannte Zachow ein Beispiel. Auch solle ermittelt werden, ob alternative Möglichkeiten für den Weg zur Schule in Frage kämen. Der Zuschuss solle „etwaige Beratungs- wie Sachkosten" decken, erklärte Zachow.

Im Ausschuss erntete der Erste Kreisbeigeordnete wenig Begeisterung ob der Ankündigung, dass Fronhausen 5000 Euro bekommt vom Kreis. „Das ist nicht gerechtfertigt", sagte Manfred Vollmer (CDU) und warnte, wie andere Redner vor ihm, vor der Signalwirkung, die dieser Schritt haben könne. So fand auch Karl-Herrmann Bolldorf (AfD), dass Zachow einen Präzedenzfall schaffe, „die nächsten Kommunen werden kommen und auch Geld haben wollen".

Zachow ging im Ausschuss nicht auf diese Diskussion ein, räumte gestern jedoch auf Nachfrage der OP ein: „Dass andere Gemeinden daraus Ansprüche ableiten, ist denkbar." Jeder Einzelfall müsse individuell bewertet werden. Dass Gemeinde und Anwohner in einem gemeinsamen konstruktiven Prozess für Fronhausen Strategien zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Fußgängerfreundlichkeit entwickeln wollen, sei „ziemlich einzigartig".

Im Ausschuss kritisierte Jörg Behlen (FDP) die Anliegerbeiträge für Straßensanierungen generell als „asozial". Kommunen sollten sich ein Beispiel an der Gemeinde Ebsdorfergrund nehmen, wo die Anlieger sich nicht beteiligen müssten, weil die Kommune alles selbst bezahle.

Was derzeit in der Bergstraße geschehe, „das ist die Quittung für die Fronhäuser, weil sie jahrelang unfähige Bürgermeister gewählt haben", sagte Behlen. „Wenn dann eine Rentnerin eine 10000-Euro-Rechnung für eine Straßensanierung bekommt, ist das Geschrei natürlich groß."

CDU-Mann Vollmer fuhr Behlen in die Parade. „Anliegerbeiträge mögen gerecht oder ungerecht sein, aber nicht asozial", kritisierte er die Darstellung des FDP-Fraktionsvorsitzenden. Dessen „Schulz- und Ebsdorfergrund-Lob" sei eine „Diskreditierung für 21 andere Bürgermeister". Vollmer forderte Behlen auf, er möge anerkennen, dass jede Kommune ihre eigenen Aufgaben und ihre eigene Ausgangssituation habe.

Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann (Die Linke) riet dazu, kreisweit andere Finanzierungssysteme für Straßensanierungen zu diskutieren. Derzeit passiert dies bereits, beispielsweise in Neustadt und Wohratal.